

# VORAN

Marxistische Zeitung

38,5 Stunden-Woche

Seite 8

Brasilien heute

Seite 6

Programmdiskussion

Seite 7

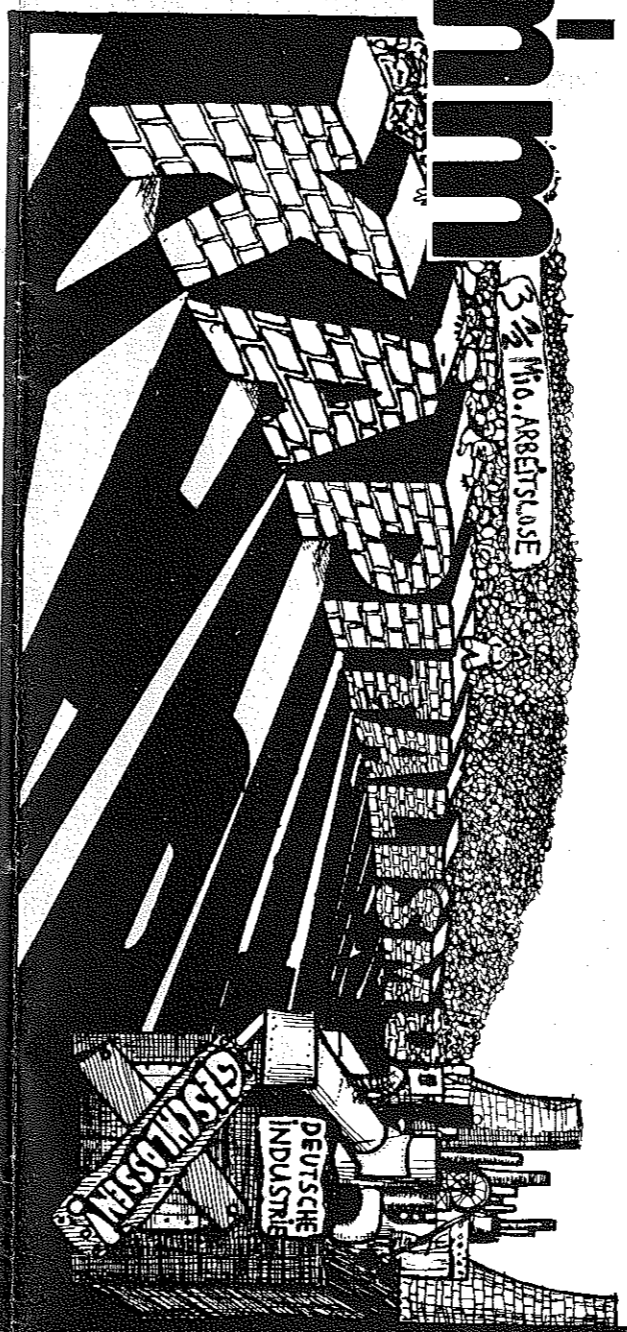
Nr. 75 — April/Mai 1985  
1 DM — Solidaritätspreis 1,40 DM

für SPD, Jusos, Falken, Gewerkschaften

Nach dem Wahlsieg im Saarland

## Sozialistisches

# Programm für die SPD!



Zur Halbzeit der Kohlregierung sieht es in diesem unserem Lande trostlos aus:

- Die höchsten Arbeitslosenzahlen seit dem Krieg
- Ständige Kürzungen von Sozialleistungen und Angriffe auf den Lebensstandard, Entstehen einer neuen Armut
- Umverteilung zugunsten der Reichen
- Zunahme der Umweltprobleme in erschreckendem Ausmaß, wogegen die Regierung nichts unternimmt.

Und es wird noch schlimmer kommen. Der vielgepriesene Aufschwung ist weltweit schon wieder auf dem absteigenden Ast, die nächste Krise steht Ende '85/Anfang '86 bevor. Das bedeutet: Erhebliche Verschärfung aller genannten Probleme. Besonders die Besorgnis über Arbeitslosigkeit und Umweltverschmutzung bewegt viele Arbeiter und Angestellte.

### Kämpferisches Programm

Oskar Lafontaine's Wahlsieg an der Saar war ein wichtiger Meilenstein im Kampf gegen die

Kohlregierung. Mit einem kämpferischen Programm, in dem Arbeit und Umwelt im Mittelpunkt standen, gewann er viele Arbeiter und Jugendliche zur SPD. Lafontaine sprach sich für die Entlohnung von ARBED-Saarstahl aus; er machte deutlich, daß durch Umweltschutzprogramme auch Arbeitsplätze geschaffen werden können. Dies sind sehr positive Ansätze, die von Sozialisten nur unterstützt werden können. Die SPD muß solche und ähnliche Forderungen bundesweit aufgreifen und dafür mobilisieren. Doch sollte sie dabei nicht stehenbleiben. Entlohnung, ja - aber aufkaufen oder grobartig entschädigen,

nein. Nur bei erwiesener Bedürftigkeit der Aktionäre sollte ihnen eine Entschädigung, vielleicht in Höhe der heutigen Arbeitslosen- oder Sozialhilfesätze, gewährt werden.

### Nicht auf unsere Kosten

Umweltprogramme, ja — aber

Unternehmer leben auf Kosten der Allgemeinheit  
**Entlarbt die Trittbrettfahrer!**

Wenn man wissen will, was mit der Wirtschaft wirklich los ist, so hört man am Besten nicht auf die Fernsehreden, in denen Kohl und Co. uns weismachen wollen, man müsse nur optimistisch sein, feste daran glauben, daß alles gut wird, und dann läuft die Sache schon.

Am allerwenigsten sollte man etwas auf das Spektakel des Welt-Wirtschaftsgipfels geben — ein alle Jahre wiederkehrendes Ritual zur Beschwörung des freien Welthandels und zur Krisenausweitung. Hören wir mal, was die Herren so besprechen, wenn sie unter sich sind.

### Stimmen des Kapitals

Allan Wallis, Staatssekretär im US-Außenministerium und zuständig für die Vorbereitung des Weltwirtschaftsgipfels, sieht als Grundproblem der Europäer mangelnde Flexibilität, z.B. in der Lohnpolitik, vor allem bei der Reduzierung der Nominallöhne (Handelsblatt, 11.03.85). Das muß der CDU-Wirtschaftsrat gehört haben, als er am "Tag der Wirtschaft" am 9.03.feststellte: Im Bereich des Sozialsystems soll die Regierung sich nicht

wer soll sie finanzieren? Etwa schon wieder der Steuerzahler, also wir alle? Nein. Diejenigen, die den Dreck verursachen, sollen auch dafür bezahlen. Und das ist zum allergrößten Teil nicht Otto Normalverbraucher, der seine Bananenschale achtlos wegwirft, sondern die Großindustrie. Die SPD muß sich für ein

durch die Kritik erschrecken lassen, sie betriebe den Abbau des sozialen Netzes. "Wir haben noch viel zu viele Trittbrettfahrer, die auf Kosten der Allgemeinheit leben".

Da kann man nur zustimmen: z.B. all die Kapitalisten, die auf Kosten der Arbeitskraft ihrer Beschäftigten leben. Aber so meinen das die Herren wohl nicht. Sicher dachten sie eher an: Staatliche Umverteilung zugunsten der Reichen und Erhöhung ihrer Gewinne.

1982 kletterten die Gewinne um 19,2%, 1983 noch um zusätzliche 43% und dieser Trend setzte sich auch 1984 fort (vgl. der Spiegel, Nr. 2/85). Aber: dieses Geld wird nicht in Erweiterung der Produktion angelegt, sondern in Spekulationen, zum Beispiel in den Dollar oder in Rationalisierungen. Unternehmer schrofpen die Gewinne unternehmen nichts und leben zu Lasten der Allgemeinheit.

### Krise

Warum sollten die Unternehmer auch mehr produzieren, wo es doch ein keine Absatzmärkte mehr gibt? Wie Herr Goedevert, Ford-Chef, Anfang des Jahres sagte: „Für die meisten europäischeren Automobilhersteller wird sich möglicherweise sehr schnell eine Situation ergeben, wie sie in der Stahlindustrie bereits gege-

sozialistisches Programm einsetzen, das die Herrschenden enteignet und uns die Mittel für eine vernünftige Wirtschafts- und Umweltpolitik an die Hand gibt. Nur damit sind absolute Mehrheiten zu gewinnen.

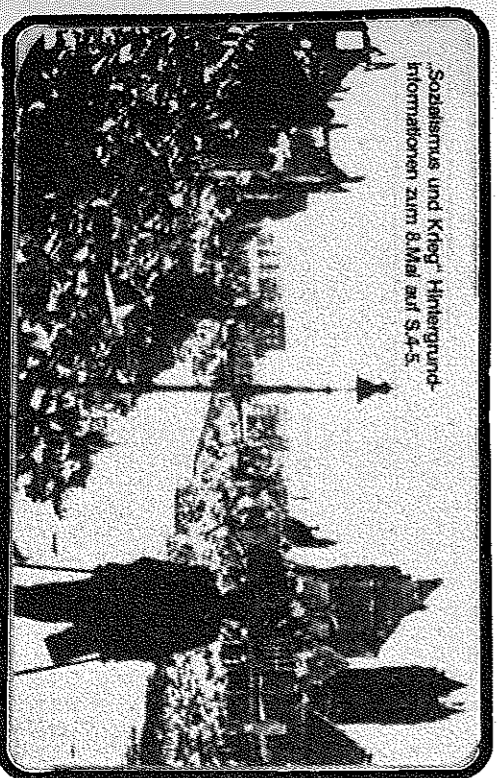
Angela Bankert, Remscheid  
Juso-Unterbezirksvorsitzende

ben ist" — auf Grund von internationaler Konkurrenz und Überkapazitäten. Wirklich schnell: Seit Mitte März kursiert das Gerücht, daß Ford in Köln längerfristig 16.000 Arbeitsplätze vernichten wird. (Die Betriebsleitung hat zwar demütert, aber daß das nichts heißt, wissen wir aus bitterer Erfahrung).

Inzwischen rechnen alle ernsthaften Wirtschaftler mit einer Rezession 1985/86. Den jetzigen Aufschwung verdanken wir so, waso nur dem hohen Dollarkurs, der deutsche Waren in den USA billiger macht (im letzten Jahr machten Exporte 43% des Brutto- sozialprodukts aus). Die Auswirkungen des jetzt schon fallenden Dollar werden sehr schnell die deutsche Wirtschaft erreichen. „Neben starker steigenden Arbeitslosenzahlen wären Haushaltsengpässe und starke politische Nervosität (!) wesentliche Ergebnisse.“ (Manager-Magazin 1/85).

Das wird uns alles nicht erzähl, damit wir keine Zeit haben, uns auf die Situation vorzubereiten. Lassen wir uns nicht einlullen! Fordern wir von unseren Organisationen SPD und Gewerkschaften politische und organisatorische Gegenmaßnahmen und vor allem ein geeignetes Programm!

Barbara Kirschaum, Köln  
Jungsozialistin



Sozialismus und Krieg  
Hintergrund-  
Formationen zum 8. Mai auf S. 4-5.

# KAMPFONDS

Nicht nur die britischen Bergarbeiter, auch

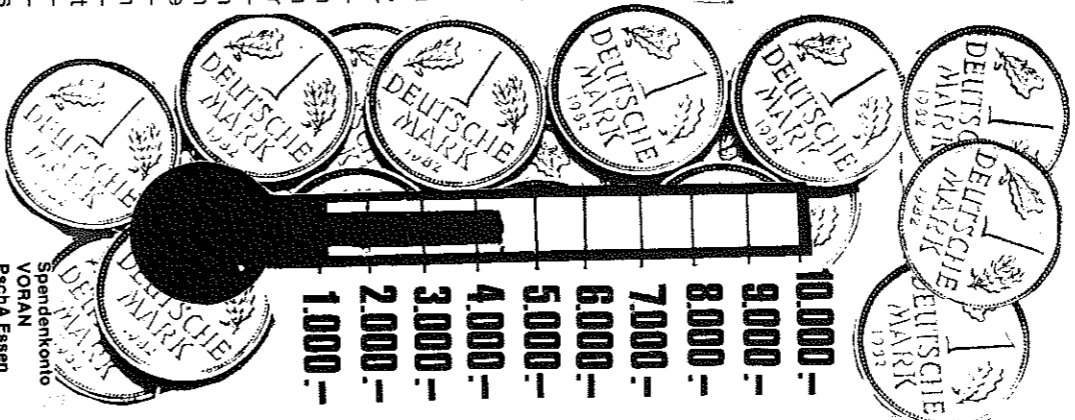
## Wir brauchen Deine Spende!



Der britische Bergarbeiterstreik ist zu Ende. Als Marxisten haben wir die Aufgabe, nach diesem historischen Kampf die notwendigen Lehren zu ziehen: Welche Auswirkungen hat das Ende dieses Streiks auf die zukünftigen Klassenkämpfe in Großbritannien, in der BRD, in ganz Europa und weltweit? Wir versuchen das in dem beiliegenden Flugblatt.

Um die täglichen Lügen und Verdrehungen der bürgerlichen Presse aber besser beantworten zu können, um regelmäßiger auch über die Klassenkämpfe in der ganzen Welt berichten zu können, brauchen wir mehr Redakteure in der Redaktion und mehr Mitarbeiter vor Ort. Um diese nicht vernachlässigen zu lassen, brauchen wir aber vor allem mehr Geld — und zwar Deins!

Bei den Jungsozialisten waren VORAN-Anhänger diejenigen, die die britischen Bergarbeiter mit am eifrigsten und am beständigsten unterstützen. Wir hatten mit bei der Synchronisierung von 6 offiziellen NLM-Filmen über den Streik; organisierten mehrere Rundreisen von streikenden Bergarbeitern, damit sie hier in der BRD über die wahren Gründe und Hintergründe des Streiks berichten konnten und sammeln ungefähr 40.000 DM in 9 Monaten für die NLM. Was wäre erst möglich gewesen, wenn alle Jusos, vor allem der Bundesvorstand, die britischen Kumpels mit der gleichen Ernsthaftigkeit und Energie unterstützt hätten?



Spendenkonto  
VORAN  
Pecha Essen  
2500 59-430

Unser Spendenappell für christliche Sozialisten im Untergrund im Februar fand große Unterstützung: Insgesamt wurden 2800 DM gesammelt. Wir danken allen Spendern herzlich. Wir haben das Geld bereits weitergeleitet. Jetzt ist VORAN auf die Unterstützung aller aktiven Gewerkschafter, Jungsozialisten und SPD-Mitglieder angewiesen, die mit uns einer Meinung sind, daß die DGB- und SPD-Führungen durch ihre Passivität und durch den Entzug ihrer Unterstützung mitverantwortlich sind dafür, daß der Bergarbeiterstreik ohne Sieg für die NLM abgebrochen werden mußte.

Seit Beginn dieses Jahres wurden von VORAN-Verkäufern unter anderem folgende Beträge gesammelt:

- Stuttgart 1150 DM; Wiesbaden 56 DM; Köln 990 DM; Aachen 491 DM; Remscheid 208 DM; Duisburg 208 DM; Hamburg 500 DM; Bremerhaven 128 DM; Lübeck 145 DM.

Insgesamt gingen 4416 DM ein. Das ist weit weniger als das von uns gesteckte Ziel von 10.000 DM bis Ende März 1985. Wir appellieren an Dich, jetzt eine größere Spende an VORAN zu geben! Wenn auch Du meinst, wir können uns keine lasche SPD- und DGB-Führung leisten, solltest Du Dir eine Spende für VORAN leisten!

Dieter Janssen, Stuttgart  
Jungsozialist

### Dialog mit dem Bürger

Der Plan war streng geheim. Man war gut vorbereitet. Durch Scheinattacken hatte man den Feind ermüdet, seine Notlappläne erkundet. Um 4 Uhr morgens, wenn der Schlaf am tiefsten ist, ging es los: mit Spezialausrüstung, Hubschrauber, Sonderkommandos aus ausgesuchten auswärtigen Leuten und — um auf Nummer sicher zu gehen — mit 30facher Überlegenheit.

**Antworten auf diese und viele andere Fragen gibt's in der VORAN-Broschüre zum Thema Arbeit und Umwelt, die ihr ab Mai bei der Redaktion bestellen könnt.**

Sie griffen von 4 Seiten an, 700

Man sprangen aus herantretenden Mannschaftswagen und hatten nach zwei Stunden den letzten Widerstand niedergelächert: nämlich 35 wehrlose junge Baumbeschützer. Sie, die Anwohner, und Zehntausende mit ihren Unterschriften protestierten gegen das Fällen der uralten Platanen in der Kölner Innenstadt. Ein Parkhaus und ein U-Bahnsteig (und möglicherweise ein Atombunker?) sind dem Rat und der SPD-Fraktion wichtiger. Alternativorschläge liegen natürlich vor, aber die Stadt (und der SPD-Oberbürgermeister) haben Zeit, Geld und viel Polizei. Unter der jetzigen Regierung werden wir uns an derartige Vorgehensweisen gewöhnen müssen, aber daß sich in der SPD in führenden Positionen Sympathisanten solcher Polizeistaatsmethoden befinden, müssen wir schneideltens ändern!

# LESERBRILLEN

### Welche Medizin?

Beim Lesen dieser VORAN-Freute ich mich zunächst über die verschiedenen interessanten Artikel. Den Wald-Artikel (von Kurt Pfeifle) möchte ich kommentieren. Die Überschrift drückt aus, was im ganzen Artikel steckt: Der Wald stirbt — einzige Medizin: Demokratisch geplante Produktion.

Diese Aussage ist falsch, denn „demokratisch geplante Produktion“ bezeichnet einen Kernpunkt einer (wirklich notwendigen) sozialistischen Gesellschaftsordnung. Dies ist ein langfristiges Ziel, das im Moment erst noch erklämpft und geschaffen werden muß. Wir stehen heute jedoch zusätzlich vor der Notwendigkeit kurzfristiger Maßnahmen. Umweltschutz bei Produktion und Konsum sind lebensnotwendig und müssen erklämpft werden. Dieser Kampf wird seit geraumer Zeit geführt, besonders von „Grünen“ und Naturschützern. Diese stehen heute zum einen tatsächlich auf dem Standpunkt, es gälte die negativen Seiten des Kapitalismus zu beseitigen und glauben, man könne einen Staatsapparat wie unseren in der BRD zum überparteilichen Anwalt der Gerechtigkeit und des Umweltschutzes machen. „Umweltschutz vor Sozialismus“ kann man diesen Leuten allerdings nicht immer vorwerfen, da diese keine Vorstellung vom „Sozialismus“ haben.

Einen anderen, meiner Meinung nach gewichtigen Teil des Spektrums der aktiven Umweltschutz-Kämpfer stellen die Menschen dar, die schon heute beginnen wollen, Sozialismus zu verwirklichen, indem sie entsprechende Grundsätze im persönlichen Verhalten und Zusammenleben zu leben versuchen und zum anderen sich im Kampf für eine bessere Welt organisieren. Doch eines ist entscheidend wichtig für einen erfolgreichen Kampf: Es müssen die richtigen Fronten aufge-

Die Wahlen vom 10. März in Berlin, im Saarland und in Hessen haben genau zur Halbzeit der Bonner Koalitionsregierung wichtige Aufschlüsse über die gegenwärtige Stimmung in der arbeitenden Bevölkerung gegeben. Besonders gefreut haben sich viele SPD-Mitglieder darüber, daß unsere Partei zum ersten mal seit 1966 der CDU wieder ein Bundesland abgenommen hat. Doch diesmal war es nicht durch eine Koalition (wie damals in Nordrhein-Westfalen mit der FDP), sondern durch erfolgreichen Kampf um die volle absolute Mehrheit.

Das Saarland und Hessen haben deutlich gemacht, daß die CDU wieder auf dem absteigenden Ast ist. Kein Wunder: Viele von den zwei Millionen Arbeitern und Angestellten, die bei der Bundestagswahl von der SPD zur CDU „abgewandert“ sind, fühlen sich jetzt von ihr betrogen.

Die starken Zugewinne für die SPD zeigen, daß die meisten Arbeiter sie nach wie vor als ihre Partei betrachten. In Industriezentren wie Kassel, Saarbrücken, Neunkirchen und Völklingen gab es satte absolute Mehrheiten. In Saarbrücken ist die CDU gar unter 30% abgerutscht.

### Kämpferisches Programm nötig

Die Saar-Wahl ist ein Beleg dafür, daß eine kämpferisch auftretende SPD mit dem Ziel einer absoluten Mehrheit die nötigen Reserven mobilisieren kann. Latontaine verkörpert für viele Arbeiter und Jugendliche die Hoffnung auf eine neue und linke SPDI. Noch zu Helmut Schmidts Regierungszeiten bezog er gegen die Raketenstationierung Stellung und schlug zu ihrer Verhinderung sogar einen Generalstreik vor. Und auch der Gedanke von der Verstaatlichung des heruntergewirtschafteten ARBED-Saarstahlkonzerns schreckte die Arbeiter trotz bürgerlicher Gegenpropaganda nicht ab. Denn schließlich war schon vor Jahren die gleiche Forderung aus saarländischen Stahlbetrieben gekommen.

Das Abschneiden der Berliner SPD ist ein echter Kontrast. Dort, in ihrer früheren Hochburg, hat sie jetzt fast nur noch halb so viele Stimmenprozent erreicht wie vor 22 Jahren. Und das mit der Gallionsfigur Hans Apel. Er war einer der letzten „Trümpfe“, die die alte, von Helmut Schmidt geprägte SPD noch aus dem Hut zaubern konnte! Eine SPD, die nicht glaubwürdig von „fiskokratischer“ Vergangenheit Abstand nimmt und keine Perspektiven der Macht hat, lockt bis auf wirklich treue Stammwähler niemand hinterm Ofen hervor.

Mit der „Alternativen Liste“ wolle man auf keinen Fall zusammenarbeiten, eher noch würde man einen CDU-Senat tolerieren — das war die Botschaft an den Wähler. Kein Wunder, daß die AL so als einzige Oppositionspartei Zulauf bekam.

### FDP-Gewinne

Die guten Wahlergebnisse für die FDP in Berlin und im Saarland waren für viele eine Überraschung. In Berlin und im Saarland waren es vorwiegend die Kampagne reicher Geschäftsleute und das massive Werben um „Lehstimmern“ von der CDU, die ihr über die 5%-Hürde halfen, um die CDU/FDP-Koalition zu retten. Bei den hessischen Kommunalwahlen jedoch hat sich der Abwärtstrend der FDP fortgesetzt.

Das schlechte Abschneiden der saarländischen Grünen (wie auch andererseits die Gewinne der Berliner AL) unterstreicht die Auffassung von VORAN, daß die Existenz dieser Partei hauptsächlich auf die Erfahrung mit einer rechten, pro-kapitalistischen SPD zurückzuführen ist. Sobald die SPD linkes Profil zeigt und vertritt, schnitzte die Wählerbasis der Grünen dahin.

Nach dem 10. März ist auch ein absoluter SPD-Sieg bei der nordrhein-westfälischen Landtagswahl am 12. Mai möglich. Und mit einem überzeugenden und kämpferischen Wahlprogramm im Interesse der arbeitenden Bevölkerung und gegen die Großkonzerne, mit einer glaubwürdigen neuen Führung und einer gutorganisierten Kampagne könnte die SPD 1987 auch im Bund die absolute Mehrheit erringen.

### Kein Rechtsruck

Am 10. März haben wir auch gesehen, daß der von vielen Linken bejammerte „Rechtsruck“ in der Bevölkerung nicht existiert. Große Veränderungen im Wählerverhalten stehen inzwischen auf der Tagesordnung, und erdrutschartige Wahlsiege der Linken wie in Griechenland Spanien und Frankreich 1981 sind möglich.

Nur sollten Oskar Latontaine, Gerhard Schröder und die zukünftigen linken SPD-Führer in ihrem ehrlichen Reformwillen die Lehren von fast vier Jahren sozialistischer Regierung in Frankreich beherzigen: Wenn die Regierung nicht die Schattnebel der wirtschaftlichen Macht übernimmt, dann bestimmt auch weiterhin das große Kapital die Richtlinien der Politik.

# Jugend für Sozialismus

## Ohne Moos . . .

Arbeitslosigkeit hat für die beiden Klassen der Gesellschaft unterschiedliche Auswirkungen. Für die betroffenen Familien bedeutet sie: Absinken ihres Lebensstandards. Herumhängen zu Hause und in Ämtern. Für die Unternehmer bietet Arbeitslosigkeit u.a. die angenehme Möglichkeit, die tariflichen und betrieblichen Bedingungen ihrer Beschäftigten, vor allem ihrer Auszubildenden, weiter zu verschlechtern.

Eine Reservearmee von 2,5 Millionen Arbeitslosen und mehrere Zehntausend Ausbildungsplätze, die jährlich zum Einstellungsstermin fehlen, müssen die Jugendlichen einschüchtern und angepaßt machen. Einen Ausbildungsplatz in der BRD zu erhalten, hat dank der bekannteren Kampagne in der Bildzeitung oder der von Herrn Blum veranstalteten Verlosung inzwischen Lotteriedeckelcharakter bekommen. Wenn das Schicksal so begünstigt, der soll hinterher nicht mehr das Maul aufreißen und Forderungen nach qualifizierter Ausbildung und anständigem Verdienst stellen.

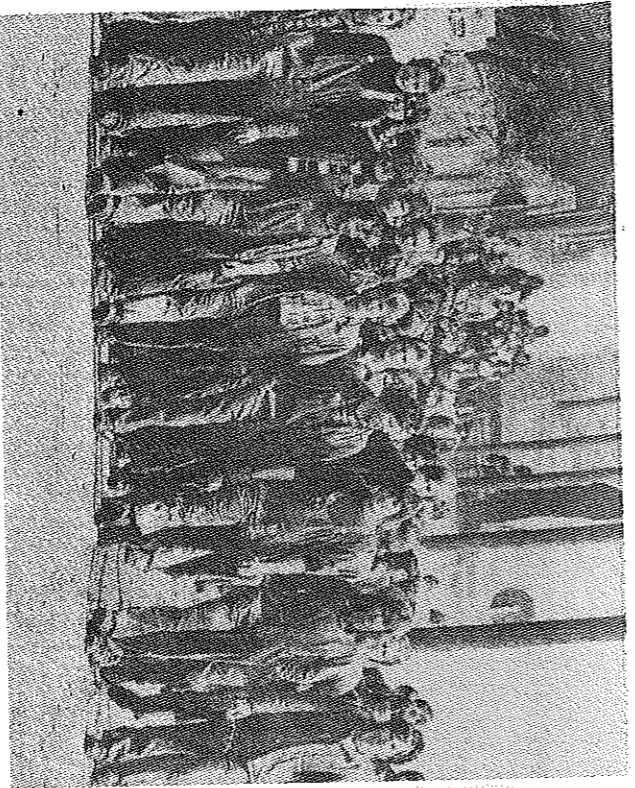
sich damit um die politischen Geschicke des Landes kümmern. Nur sich selbst finanzieren — das können sie nicht. Die Unternehmer sind an den Lehrlingen als billigen Arbeitskräften oder vielleicht noch als Konsumenten interessiert — die anderen Lebensbedingungen sind ihnen gleichgültig.

### Unabhängig?

Leider betreibt die Gewerkschaftsführung seit einigen Jahren eine mäßige Tarifpolitik, die auf Reallohnverluste hinausläuft, wovon auch die Azubis betroffen sind. Aber in einer Gesellschaft, in der trotz Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit im vorigen Jahr Platz für riesige Unternehmerräume, Rüstungsmillarden und Diätenerhöhung war, sind genügend Mittel vorhanden — wenn auch noch in den falschen Taschen — für die Umsetzung unserer Forderungen:

- Mindestvergütung von 1000,- DM für alle Azubis
- Mindestens 30 Tage Erholungsurlaub und 2 Wochen Bildungsurlaub
- Verbot aller Schicht-, Akkord- und Nachtarbeit für Jugendliche, gegen die Blüm-Politik
- Qualifizierte Ausbildung in überbetrieblichen Lehrwerkstätten mit hauptamtlichen Ausbilderinnen, Ausbildungsausnehmerhandl!

Astrid Sauer, Köln  
Jungsozialistin



## Sozialistische Alternative

Eine neue Orientierung auf Jugend und jugendpolitische Themen haben die Jungsozialisten auf einem Sonderkongreß im März in Hannover diskutiert. Ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, denn unsere Aufgabe als Jugendorganisation in der SPD sollte vor allem darin bestehen, die arbeitende und lernende Jugend für sozialistische Ideen zu gewinnen.

### Breites Bündnis?

Ein zentrales Thema war die Frage, ob die Jusos eine breite demokratische Jugendbewegung organisieren sollten (Vorschlag des Stamokap-Flügels) — gewissermaßen ein etabliertes Bündnis aus linken, demokratischen und christlichen Jugendverbänden. Demgegenüber meinten die Reformisten (hellen welt's vernünftig klingig!), es sei eine Anmaßung, die Jugendorganisieren zu wollen; man solle



schen Ansätze in Basis-Initiativen" stärken. VORAN-Anhänger brachten demgegenüber vor, daß Jugendproteste und -bewegungen auch ohne die Jusos entstehen — aufgrund der realen Mißstände und konkreten Probleme; es sei nicht nötig, diese zu organisieren. Jusos sollten weder in „breiten demokratischen Bündnissen“ untergehen noch die Sportartigkeit von Basisgruppen anbieten, sondern sozialistische Perspektiven in solche Bewegungen hineinbringen, damit sie nicht Ein-Punkt-Bewegungen bleiben und letztendlich eingehen (z.B. AKW- und Friedensbewegung). Wir haben die Aufgabe, eine Brücke zwischen den Tagesproblemen und sozialistischen Lösungen zu schlagen, solche Übergangsforderungen in die Bewegungen einzubringen und so Aktivisten für die Jusos als „sozialistische Richtungsorganisation in der SPD“ zu gewinnen.

### Wichtigste Zeitung

Sehr zum Unwillen Mancher. Zitat aus einem Bericht des Bezirksinfo der Jusos Niederrhein (reformistisch): „Und die große, die wichtigste, die einzige marxistische Zeitung für Jusos, Falcken, Sozialdemokraten und Gewerkschafter war da — und wie!

Wo man auch hinschaut, es ging Voran, gleich an 5 Inständen. Wo man hinschaute, wo man hinging bei Mittagessen, auf dem Weg zum Klo, immer: „Hast Du auch schon die neue VORAN?“

Beim VORAN-Diskussionstreffen am Rande des Kongresses diskutierten 40 Teilnehmer über die Lehren des britischen Bergarbeiterstreiks für die BRD. Eine Sammlung zugunsten unseres Kampffonds brachte 272,17 DM.

Alexandra Grundmann, Hamburg  
Jungsozialistin



Nicht nur im Bereich der Betriebe und der Schulen wüten der Profitstift und das kapitalistische Profistreiben, auch in ihrer Freizeit bekommen die arbeitenden Menschen — und besonders die Jugendlichen — dies zu spüren.

### Finanzmangel

Da werden Freizeitzentren wegen Finanzmangels der Kommunen geschlossen und die freierwerbende Fläche wird an elegantere und teure Geschäfte vermietet bzw. verkauft; Diskotheken- und Kinobesuche werden immer teurer, obwohl die Beschäftigten in diesen Branchen meistens sehr schlecht bezahlt werden. Außerdem gehören in vielen Orten alle Lichtspielhäuser ein- und demselben Unternehmer, Alternativen im Kinobereich existieren außer in Städten wie Hamburg oder Berlin kaum, da durch das Kinomonopol in einer Stadt eben nicht nur der Preis, sondern auch das Programm bestimmt werden kann.

Auch auf anderen Gebieten des Freizeitsektors hat sich die Situation der Jugendlichen in den letzten Jahren verschlechtert:

### Teures Vergnügen

Beispiel Schallplatten: Trotz billig gewordenen Produktionsmethoden (die kostendeckende Produktion einer LP beläuft sich heute auf 3 — 4 DM) ist kaum noch eine LP unter 19,90 DM zu bekommen.

Beispiel Popkonzerte: Selbst in kleineren Städten muß man nicht selten 30 DM hinblättern; das Geld geht zu großen Teilen an die riesige Werbemaschinerie der Konzertagenturen.

Beispiel Fußball: Um das ganze System des „Menschenhandels“, der überdimensionalen Transfersummen und den ganzen Profitummel, bei dem Manager und Sponsoren kräftig absahnen, aufrechtzuerhalten, werden von den Zuschauern enorme Preise verlangt.

### Nulltarif

Die Fahrt ins Freizeitvergnügen ist oft mühsam, beschwerlich und vor allen Dingen teuer. Die Fahrpreise im öffentlichen Verkehr sind in den letzten Jahren sprunghaft angestiegen. Schüler, Azubis und Arbeitslose sind hauptsächlich auf die öffentlichen Verkehrsmittel angewiesen. Dabei sollte doch die uneingeschränkte Beförderung eines jeden und damit auch der Nulltarif, der viele Leute vom Autofahren abhalten und sich damit auch ökologisch auszeichnen würde, eine Selbstverständlichkeit sein.

Die Freizeitindustrie in der BRD existiert nicht, um die Bedürfnisse der Menschen in diesem Bereich zu befriedigen, sondern damit die Unternehmer Profite machen können. Wie schnell könnte sich die Freizeitsituation der deutschen Jugendlichen ändern, wenn z.B. die Schallplattenindustrie von denen geleitet würde, die die Musik machen, die sie konsumieren und die die Schallplatten herstellen; oder das Kinoprogramm durch Zuschauer und Filmemacher bestimmt werden würde?

Claus Ludwig, Bremerhaven  
Juso-Schüler- und Azubigruppe

8. Mai 1945 — 40 Jahre Befreiung vom Faschismus

# Imperialistischer Kreuzzug für

**Für CDU-Generalsekretär Heiner Geißler besteht kein Anlaß, den „Sieg des Kommunistischen Sozialismus über den Faschismus zu feiern“. Der CDU-Fraktionschef hat auch keine Lust: „Katastrophen kann man nicht feiern“. Mehrere Dutzend christlicher Abgeordneter werden nicht zur Feierstunde ins Parlament kommen. Und Ronald Reagan möchte zwar eine Propaganda-Show im Bundestag abziehen, aber ein KZ will er doch lieber nicht besuchen — wahrscheinlich aus Rücksicht auf die Gefühle seiner christdemokratischen Statthalter. „Zusammenbruch“ und „Katastrophe“ — so sehen es vor allem die Rechten, die mit der herrschenden Klasse verbunden sind. DGB und SPD feiern demgegenüber den Untergang des Faschismus und die Wiedergeburt der deutschen Arbeiterbewegung.**

Und sie haben Recht damit. Die Arbeiterorganisationen und die demokratischen Rechte der Arbeiterklasse waren das politische Hauptziel der Nazi-Zerstörungsmaschinerie. Als das Wirtschaftssystem sich in einer Sackgasse befand, war eine kapitalistische „Lösung“ nur auf Kosten der Arbeiter möglich (Lohnstopp, Massenarbeitslosigkeit, Reformabbau). Dazu mußten die Gewerkschaften und Arbeiterparteien mit Hilfe paramilitärischer Kräfte zerschlagen werden. Wie Fritz Thyssen erklärt hat, wenn es um Gewinne geht: „Demokratie für uns heißt — nichts!“.

## Kleinbürgerliche Basis

Die Nazis wurden durch das Großkapital finanziert und aufgebaut, um die Arbeiterbewegung in Organisationsgrad und politischer Stärke mindestens um ein halbes Jahrhundert zurückzuwerfen, um sie ihrer Organisation und ihrer politischen und gewerkschaftlichen Kader zu berauben. Ihre Massenbasis bestand ganz überwiegend aus kleinbürgerlichen Schichten (die damals noch einen relativ großen Teil der Bevölkerung ausmachten): Bauern, durch die Krise ruiniertes Mittelstand, Beamte, Händler. Später gewannen die Nazis auch viele Arbeitslose, die in ihrer Verzwelfung einen Ausweg suchten. Doch richtig faßten die Nazis in der Arbeiterbewegung nie Fuß, schon gar nicht in der organisierten. Selbst bei den Betriebsratswahlen 1934 (also schon keine freien Wahlen mehr) bekamen die Nazis miserable 3%!

## Internationales Kapital

Nicht nur die deutsche, sondern auch die britische und amerikanische Schwerindustrie hatten bei der Wiederaufbau Deutschlands. Und als 1934 der britischen Konzern Vickers Ltd. Munition an die Nazis lieferte, erklärte der Vickers-Chef: „Wir tun nichts ohne die Zustimmung unserer eigenen Regierung“. Das Nazi-Regime konnte sich stabilisieren durch finanzielle Unterstützung von der „Bank of England“, deren Chef große Kredite an den Faschismus als „eine Investition gegen Bolschewismus“ rechtfertigte.

Der Mythos von Churchill als „Verteichter der Demokratie“ ist eine Lüge. Seine wahre Einstellung zur Diktatur gehen die Ar-

beiter wurde von ihm selbst klar gemacht. Am 20. Januar 1927 in Rom war er voller Lob für Mussolini:

„Ich bin sicher, wäre ich ein Italiener gewesen, so wäre ich mit ganzem Herzen vom Anfang bis zum Ende mit Dir in Deinem triumphalen Kampf gegen den bestialischen Hunger und die Leidenschaften des Leninismus gewesen. Außerlich hat Deine Bewegung der ganzen Welt einen Dienst erwiesen. Die große Angst, von der die demokratischen Führer sowie die Führer der Arbeiterklasse beesssen waren, war immer, von jemandem, der extremer war als sie, gefährdet zu werden. Italien hat gezeigt, daß es einen Weg zur Bekämpfung der subversiven Kräfte gibt, der die Masse der Bevölkerung — richtig geführt — zum Wunschlernen kann, die Ehre und Stabilität der zivilisierten Gesellschaft zu verteidigen. Sie hat das notwendige Gegenmittel zum russischen Gift. Hiernach wird keine große Nation mit dem direkten Schutzmittel gegen das Krebsartige Wachstum des Bolschewismus unversorgt bleiben.“

## „Krieg gegen den Faschismus“?

Der zweite Weltkrieg war kein Krieg „gegen den Faschismus“ oder „für das Vaterland“, sondern ein rein imperialistischer Krieg wie der 1914-18. Gefangen im Sumpf der Weltwirtschaftskrise, suchte jede herrschende Klasse einen Ausweg auf Kosten der anderen. Sowohl die „New Deal“-Politik in Amerika (staatliche Arbeitsbeschäftigungsmaßnahmen) als auch die Arbeitsprogramme im Hitler-Deutschland führten zu steigender Inflation. Die Abschottung der nationalen Märkte führte zum Handelskrieg, der, verbunden mit Aufrüstung, unvermeidlich den bewaffneten Kampf um Märkte zur Folge hatte.

Hitler hat den Krieg begonnen. Aber auch ohne ihn wäre es zu diesem militärischen Konflikt gekommen, dessen letzter Anstoß die Wirtschaftskrise Ende 1937 war. In diesem Jahr sank die Industrieproduktion sogar stärker als 1929, in Amerika um 27% in

## Interview Wir dachten erstmal nur ans Überleben

Gespräch mit Dorothea Kirschbaum, 55 Jahre, Köln

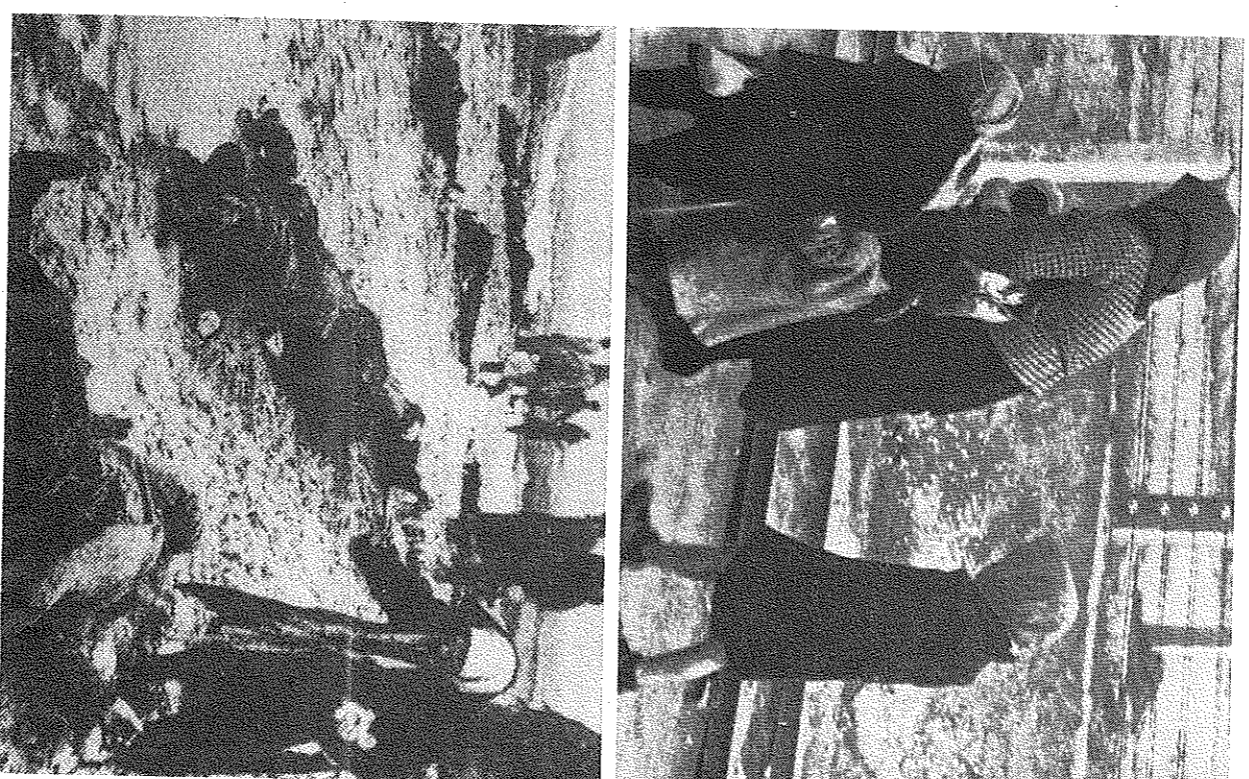
Die Kapitulation kam für mich völlig überraschend. Ich kam von der Hitlerjugend nachmittags nach Hause in voller Uniform. Meine Mutter lief mir entgegen und rief: „Zieh sofort alles aus!“ Mit Nazibildern und Büchern wurde schnell alles in der Waschküche verbrannt. Danach liefen wir in den Bunker und haben gewartet was kommt. Die alten Männer waren im Volkssturm organisiert, aber sie bauten keine Panzersperren mehr sondern Baggen: Was soll das noch! Die Bauern und die dicken Bauern versuchten die Leute noch aufzuheizen, damit sie sich wehren. Sie versuchten verzweifelt ihre Haut zu retten!

Die jungen Leute damals waren kaum politisch, im Gegensatz zu denen, die vor 33 schon was gemacht haben. Mein Großvater war vor 33 schon sehr aktiv in der SPD, und den ganzen Krieg über hing August Bebel groß an der Wand. Er hat sich sofort den Russen zur Verfügung gestellt und ihnen geholfen, alles zu organisieren. Er hat geglaubt, mit den Russen kann man jetzt den Sozialismus aufbauen. Deshalb hat er auch später den Zusammenschluß SPD-SED mitgemacht.

Als die Russen kamen, haben sich viele Leute aufgehängt! Das kam durch die Greuelpropaganda während der Nazi-Zeit. Wir haben gedacht: Jetzt ist alles zu Ende. Die Familien setzten sich zusammen und aßen alle ihre Vorräte auf. Als man die Russen

dann auch näher persönlich kennenlernte, stellte sich heraus, daß sie gar nicht solche „Untermenschen“ waren. Die einfachen russischen Soldaten hatten nichts, und wir hatten auch nichts. Wir versuchten eintrachtig miteinander auszukommen.

Die Amis brachten im Westen das Geld rein, die Russen im Osten die Politik. Aber alles ging viel zu schnell. Der Krieg war zu Ende, aber sofort lief alles wieder über Befehle und nicht über erklären. Viele Leute haben da natürlich boykottiert. Unsere Hoffnung auf echte Demokratie wurde enttäuscht und viele alte Sozialisten und Kommunisten zogen sich aus der Politik zurück. Vor allem der Jugend hätte man mehr erklären müssen, dann wären nicht soviele in den Westen gegangen.



drei Monaten. Der Krieg war hauptsächlich ein Kampf von Hitler-Deutschland gegen die Sowjetunion. Die Briten und Amerikaner liegen Hitler freie Hand in der Hoffnung, das kapitalistische System könnte in der Sowjetunion wiederhergestellt werden. Dadurch wollten sie die Früchte des Sieges ernten, und das geschwächte Deutschland beherrschen.

Hitlers Vorbereitung auf den Krieg, seine Besetzung des Rheinlands, Wiederaufrüstung, der Anschluß Österreichs und der Einmarsch in die Tschechoslowakei wurden von den britischen Kapitalisten unterstützt. Erst 1939, als der deutsche Imperialismus die wirtschaftlichen Interessen des britischen und französischen Imperialismus auf dem Weltmarkt bedrohte, entdeckten unsere „Verteidiger der Menschheit“ die Verbrechen der deutschen und italienischen Militäristen.

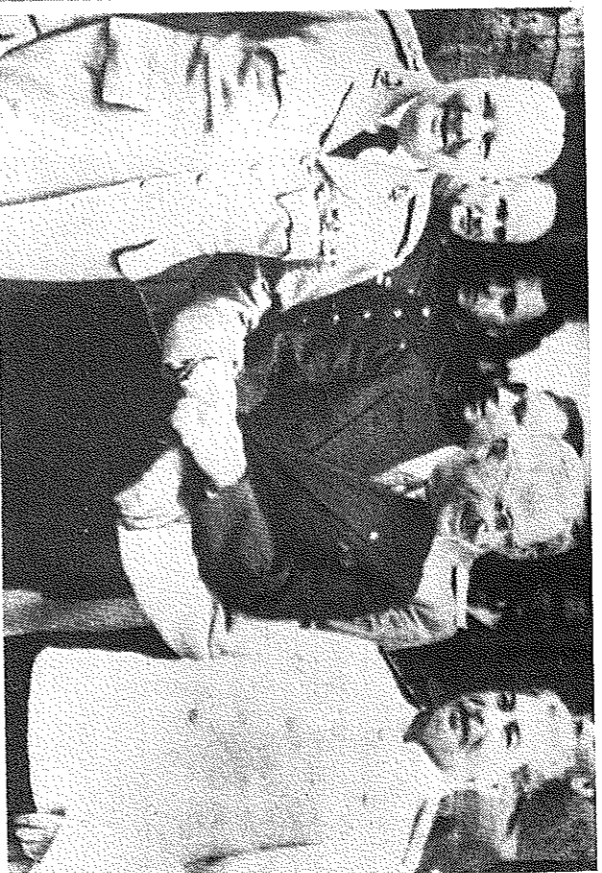
Erst 1944 eröffneten sie eine zweite Front im Westen, um die siegreiche Rote Armee daran zu hindern, ganz Europa zu übernehmen. Der militärische Erfolg der UdSSR zeigte die Überlegenheit der Planwirtschaft, und nicht etwa die Überlegenheit von Stalins strategischem Genie. Ganz im Gegenteil. Der Einmarsch der Deutschen in Rußland trat ihn völlig überraschend. Das Land war schutzlos, denn Stalin hatte kurz vorher die Mehrheit seiner Generäle im Rahmen einer politischen Säuberung erschlagen lassen. Die beiden Unterzeichner des „Hitler-Stalin Pakts“ sind ge-

meinsam verantwortlich für die 20 Millionen toten Arbeiter und Bauern in Rußland.

Die Alliierten mußten den Krieg als „Kreuzzug gegen Faschismus“ ausgeben, weil die britischen und amerikanischen Arbeiter keine Lust auf einen weiteren imperialistischen Krieg hatten. Die nationalstische Propaganda hatte nach der schrecklichen Erfahrung von 1914-18 keine große Wirkung. Roosevelt brauchte wegen der Opposition der amerikanischen Arbeiter 3 Jahre, bis er in diesen Krieg ein-treten konnte. Deswegen mußte er den japanischen Angriff gegen Pearl Harbour organisieren, um die ganze imperialistische Räubererei als „Verteidigungskrieg“ darstellen zu können. Kriegsmminister Stimson berichtete später über die geheime Entscheidung im Weißen Haus am 25. 11. 1941: „Die Frage war, wie sollen wir sie (die Japaner) in die Position manövrierten, daß sie den ersten Schuß abgeben, ohne Gefahr uns zu entlarven?“

Wenn es wirklich ein „Kreuzzug für die Demokratie“ gewesen wäre, warum haben diese demokratischen Helden auf ihrem Marsch durch Europa die faschistischen Regimes in Spanien und Portugal nicht umgestürzt? Tatsächlich hatten sie Franco während des Bürgerkrieges geholt, die demokratischen Rechte der Arbeiter zu vernichten, und das Franco Regime wurde in den 50er Jahren nur durch massive amerikanische Investitionen vor dem Zusammenbruch gerettet. Und was für eine merkwürdige

# Der Krieg statt der Demokratie



Befreiungsbewegung war die britische Armee, die hunderte Millionen Menschen in den Kolonien unterdrückte?

Die großen „Betreiber“ verachteten die deutsche Bevölkerung. Warum machten sie keinen Appell an die Deutschen, an ihrem „demokratischen Kreuzzug“ teilzunehmen? Zum Beispiel haben die französischen Trotzkisten großen Einfluß auf die deutschen Soldaten in Paris durch ihre Zeitung „Arbeiter und Soldat“ gewonnen können! Aber um Gottes Willen! Die Deutschen hätten eine Revolution gegen Hitler machen können! Die italienischen und belgischen Arbeiter versuchten dasselbe und wurden von den Briten bombardiert oder entwaftet. Um ganz sicher zu sein, schachtete die Massenrinder Churchhill die Bevölkerung Dresdens ab, um die Großstadtbevölkerung zu entnütigen und sie vor dem Ergreifen eigener Initiativen zu warnen.

Die amerikanische Industrie wollte die Produktionsanlagen ihrer deutschen Konkurrenten demontieren, die ganze Industrie im Ruhrgebiet stilllegen und einen Großteil der Bevölkerung einfach wegschaffen. Der amerikanische Finanzminister Morgenthau: „Sie einfach körperlich wegschaffen. Und es macht mir gar nichts aus, diesen Vorschlag genauso unbarmerzig zu formulieren, wie seine Ausführung notwendig ist... Ich kümmer mich nicht darum, was aus der Bevölkerung des Ruhrgebietes wird.“ Das wahre Kriegsziel der Alliierten war eine Neuaufteilung des Weltmarkts auf Kosten der deutschen Kapitalisten. Und genau das machten sie in Jalta.

Der Krieg war eine Katastrophe für den Imperialismus. Statt den deformierten Arbeiterstaaten Rußland zu erledigen, wurde eine Stärkung des Stalinismus erreicht. Das weltweite Kräfteverhältnis verschob sich zugunsten der Imperialisten. Sie mußten akzeptieren, daß die Hälfte Europas für den Kapitalismus verloren war.

Auch dies ist übrigens nicht Stalins „revolutionärer Initiative“

zu verdanken. Die Moskauer Bürokratie plante ursprünglich, einen „Sicherheitsgürtel“ bürgerlich demokratischer, antimilitaristischer Staaten zu bilden. Doch leider waren alle Bürgerlichen mit dem Rücktritt der Nazis geflohen und das hatte zum Zusammenbruch der bürgerlichen Ordnung geführt. In dieses Vakuum stießen die Arbeiter, die selbst die Initiative ergriffen — im Rücken die einzige bewaffnete Kraft: die Rote Armee. Trotz aller Bemühungen Moskaus, Volkfrontregierungen mit Bürgerlichen zu bilden, mündete die Entwicklung in den von der Roten Armee besetzten Gebieten doch sehr schnell in den Aufbau entarteter Arbeiterstaaten nach russischem Muster.

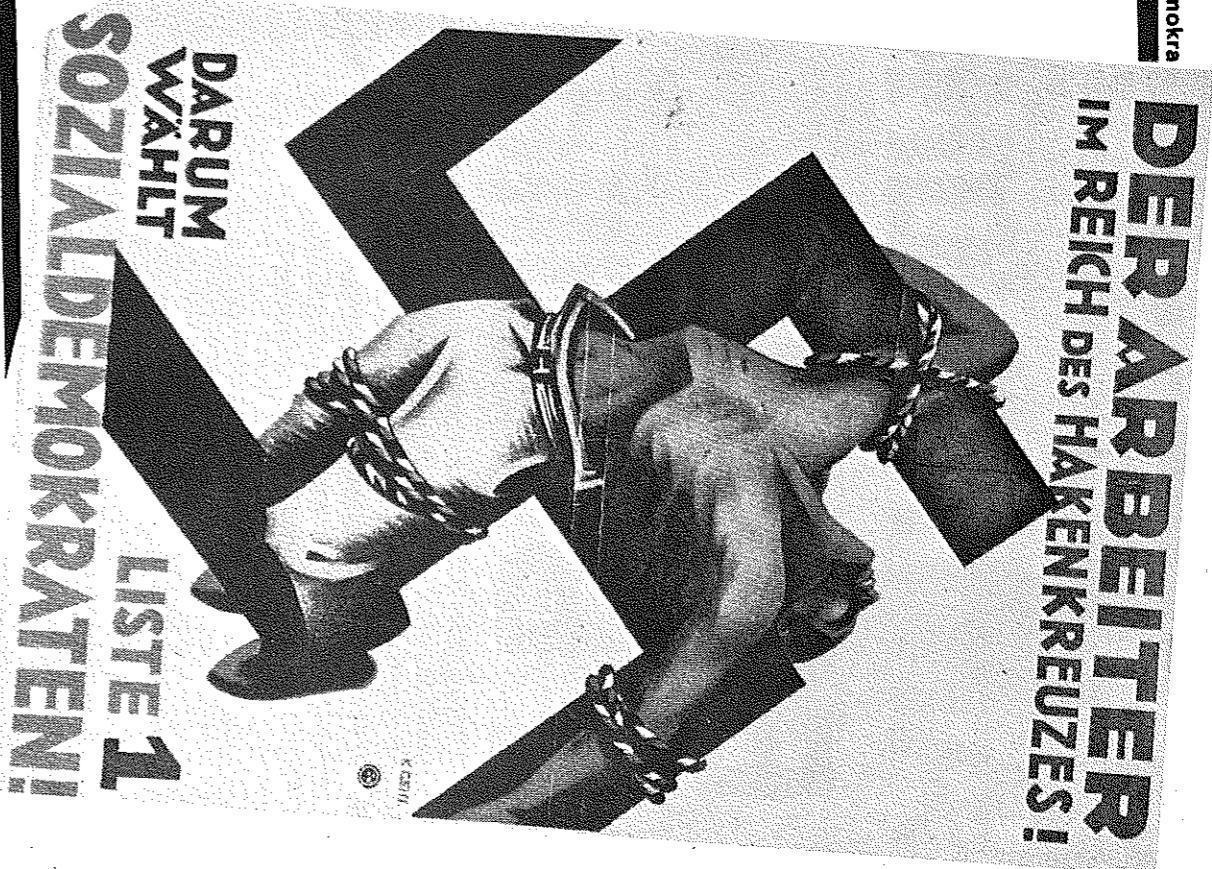
Die Alliierten bekamen aber wenigstens Stalins Zustimmung, die andere Hälfte Europas gegen den revolutionären Willen der Arbeiter zu verteidigen. Deswegen verriet Stalin die griechische Revolution und zwang seine Marinettenparteien, den Kapitalismus durch Volksfrontregierungen in Italien, Frankreich und Belgien zu retten.

Heute sind wir alle „demokratische Allierte“ und „Dank der NATO hat es keinen Krieg mehr gegeben — oder? Aber, auf was Weise verteidigen die türkischen Folterer die „Demokratie“? Oder die faschistische Diktatur im NATO-Land Portugal bis zur Revolution 1974. Und wie hat der von der NATO geplante Militärdputsch 1967 in Griechenland der Demokratie geholfen? Wie hat der von der NATO organisierte türkische Krieg gegen Zypern 1974 dem Frieden geholfen? Der CIA hat Pinochet 1973 geholfen, eine demokratische gewählte Regierung im Blut von 50.000 Arbeitern zu ertränken. Ist diese Schreckensherrschaft auch eine Demokratie?

Nein, der einzige Schutz gegen Faschismus und Diktatur sind die Arbeiterorganisationen. Der einzige Schutz gegen Krieg ist der Umsturz des Kapitalismus und des Stalinismus und eine Arbeiterdemokratie, denn nur die Arbeiterklassen der verschiedenen Länder haben keine gegensätzlichen Interessen. Also:

**Arbeiter aller Länder vereinigt euch! Frieden durch Sozialismus!**

Brent Kennedy, Köln SPD-Mitglied



## Stunde Null Revolutionäre Chancen vertan

In unseren Geschichtsbüchern wird die Zeit nach dem zweiten Weltkrieg als „Stunde Null“ und „Chaos“ bezeichnet. Danach entstand die „soziale Marktwirtschaft“ wie Phönix aus der Asche. Doch so einfach war die Situation für die Herrschenden damals nicht. Eine das Kapital seine Herrschaft in die Nachkriegszeit hinüberretten konnte, mußten erst die revolutionären Bestrebungen der Arbeiter unterdrückt werden.

In zahlreichen Städten hatten sich schon in den letzten Kriegstagen sog. Volkskomitees oder antifaschistische Komitees gebildet, die besonders die öffentliche Versorgung und Verwaltung übernahmen.

### Entnazifizierung und Enteignung

Auch auf betrieblicher Ebene organisierte sich die Arbeiterklasse sofort wieder. Betriebsausschüsse und Betriebsräte leiteten vielerorts die Firmen, deren Eigentümer geflohen waren oder in Haft saßen (wenn auch meist nicht lange). Die Hauptforderungen der Auseinandersetzungen in den ersten Nachkriegsjahren waren: Bestrafung der Nazi-Größen in Staat, Betrieb und öffentlichem Leben; Enteignung der Schlüsselindustrien, später auch: Volkskontrolle über die Lebensmittelversorgung. Der Aufbau einer neuen sozialistischen Gesellschaftsordnung schien im Bewußtsein der Arbeiter das natürliche Gebot der Stunde. Hier nur einige Beispiele für die radikalisierte, eindeutig sozialistisch orientierte Stimmung der Arbeiterschaft:

● Der Einfluß der KPD war in der Nachkriegszeit sehr groß: von 1946-48 gehörten rund 71% der Betriebsräte im Bergbau der KPD an; bei den ersten nordrhein-westfälischen Landtagswahlen erhielt die KPD 14% der Stimmen.

● Schon am 8. Mai 1945 wurde in Hamburg die Sozialistische Freie Gewerkschaft (SFG) als Versuch einer gewerkschaftlichen Einheitsorganisation von SPD- und KPD-Mitgliedern gegründet. Das Programm war eindeutig sozial-

istisch: Verstaatlichung von Großgrundbesitz und Industrie, staatliche Kontrolle des Außenhandels, Säuberung des Staatsapparats und vieles mehr. Innerhalb von 5 Wochen stellten mehr als 50.000 Hamburger Arbeiter einen Aufnahmeantrag und spendeten über 10.000 Reichsmark für den Aufbau. Die britische Militärregierung befahl im Juni '46 die Auflösung der SFG.

● Der Entwurf der hessischen Landesverfassung sah — entsprechend der allgemeinen Stimmung im Land — einen Artikel zur Überführung der Grundstoffindustrie, der Energiewirtschaft und des Verkehrs in öffentliches Eigentum vor. Der amerikanische Militärregierung General Clay befahl eine gesonderte Volksabstimmung über diesen Artikel. Die hessische Bevölkerung sprach sich mit 72%(!) für diesen Artikel aus (76% stimmten für die gesamte Verfassung). Die US-Militärregierung hob daraufhin diesen Artikel auf und verbot alle weiteren Volksabstimmungen zur Sozialisierung in anderen Ländern (z. B. Bremen und NRW).

### Massenstreiks

Im ersten Halbjahr 1947 spitzten sich die Klassenkämpfe in einzelnen ganzen Serie von Demonstrationen und örtlichen Generalstreiks zu. Es ging um die Kontrolle der Versorgung und um die Sozialisierung der Kohlegruben, die sich die KPD im NRW-Landtag auf die Fahnen geschrieben hatte. Am Tag der Abstimmung darüber schienen am Landtag 95 Delegationen, die von 100.000 Arbeitern gewählt worden waren, und überbrachten die Forderung nach „entschädigungsloser Entlohnung der Kriegsverbrecherischen Kohlebarone“. Nach der Ablehnung streikten Arbeiter in mehreren Städten NRW's. Höhepunkt dieser Streikwelle im Ruhrgebiet war die Arbeitsniederlegung von 334.000 Arbeitern und Angestellten. Auch wegen der Ernährungskrise kam es immer wieder zu Protesten.

Da sich die Streikwelle immer mehr ausweitete und die Forderungen zusehends radikaler wurden, verboten die westlichen Mi-

litärregierungen im Mai '47 sämtliche Streiks und Demonstrationen.

### Politische Strömungen

Der Hauptgrund dafür, daß sich die revolutionäre Nachkriegswelle so relativ schmerzlos wieder in kapitalistische Bahnen lenken ließ, liegt vor allem in der Politik der Besatzungsmächte und der Arbeiterparteien. Die Besatzungsmächte hatten natürlich kein Interesse an einer sozialistischen Umwälzung Deutschlands und behinderten solche Bestrebungen, wo immer sie konnten (auch die Briten z. Z. der Labour-Regierung).

Die KPD ging davon aus, daß es in Deutschland erst einer „antifaschistischen, demokratischen Umwälzung“ und einer Periode der Zusammenarbeit mit bürgerlichen Kräften bedürfte. Sozialismus stand nicht auf der Tagesordnung. Links überholt wurde die KPD darin von der SPD, die den Kapitalismus faktisch für aufgelöst erklärte. (Das tat übrigens auch die CDU in ihrem Ahlener Programm). Hier einige Zitate bezeichnender SPD-Politiker: „Der Kapitalismus liegt in seinen letzten Zügen.“ Die Gegenwart geht schwanger mit einer neuen Ordnung... „Es kann kein Zweifel sein, daß die Uhr der freien, privatkapitalistischen Produktionsordnung abgelaufen ist.“ (Fritz Tarnow, SPD, Gewerkschafter) „Kann es einen klareren und klassischeren Zusammenbruch des kapitalistischen Klassenstaates geben, als er hier vor uns liegt?... Die Stunde zum sozialistischen Aufbau Deutschlands ist gekommen, weil die Stunde zu einem kapitalistischen Aufbau nicht mehr da ist.“ (Otto Grothwohl).

Von den beiden wichtigsten Arbeiterparteien erklärte die eine den Sozialismus also gar nicht erst als unmittelbare Aufgabe, die andere erklärte die Aufgabe schon fast für erledigt. So versandeten die örtlichen Bestrebungen nach einer sozialistischen Umwälzung und machten der kapitalistischen Restauration Platz.

Mary Schingen, Köln

„Wirtschaftswunder“ am Ende!

# Armut und Elend in Brasilien



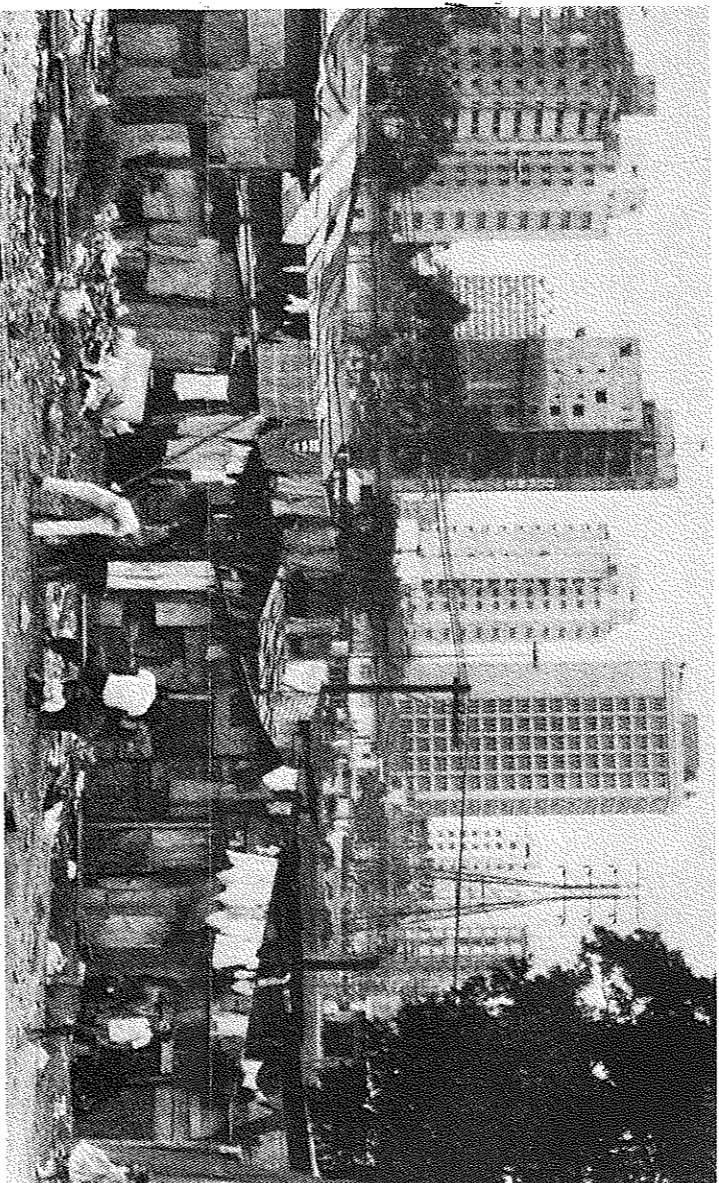
Zu früh getreut, Herr Neves!

Brasilien befindet sich im Umbruch zu einer bürgerlichen Demokratie. Nach Argentinien, in dem die wichtige Schlüsselstaat in Lateinamerika, in dem die Militärs abdanken mußten. Aber werden durch sie die Hauptprobleme Armut, Massenarbeitslosigkeit und Verelendung gelöst werden können?

Es ist noch gar nicht so lange her, daß man vom brasilianischen „Wirtschaftswunder“ sprach, von „Schwellenland“ Brasilien. Ein Wunder auf Pump, auf dem Rücken der Arbeiterklasse gebaut.

Nach dem Putsch der Militärs 1964 wurden alle unabhängigen Organisationen der Arbeiterbewegung verboten, die Aktivisten verfolgt und ins Gefängnis geworfen. Niedrige Löhne und Sozialabbau wurden mit militärischer Gewalt durchgesetzt. Das alles und der allgemeine Wirtschaftsaufschwung Ende der 60er/Mitte der 70er Jahre machte Brasilien zu einem Paradies für die eigene Bourgeoisie und für die ausländischen Kapitalleger, die auf der Suche nach höheren Profitten waren.

Hohe, zweistellige Wachstumsraten nährten die Illusion, aus Brasilien eine Großmacht machen zu können. Viele gigantische, oft auch sinnlose Projekte verlangten Milliarden Dollar, die im Ausland als Kredite aufgebracht wurden. Die von der BRD gelieferten Anlagen für zwei Kernkraftwerke bei Angora dos Reis (mehrere tausend Tonnen Material) liegen herum und werden jahrelang in dem feuchten Klima vor sich hin rosten. Dabei braucht Brasilien keine Atomenergie, das Wasserpotential könnte den Energiebedarf für die nächsten hundert Jahre decken. Doch der Weltmarkt, für den Brasilien sich rüstete, war bereits unter den imperialistischen Mächten in den kapitalistischen Metropolen aufgeteilt — kein Raum mehr für einen weiteren internationalen Konkurrenz. Als die Absatzmärkte schrumpften, spätestens seit Einbruch der weltweiten Rezession 1974/75, war es aus mit dem „brasilianischen Wunder“.



Kapitalismus heißt Elend für 64 Millionen Brasilianer

Was hat die zwanzigjährige Militärherrschaft hinterlassen?

12 von 50 Millionen Brasilianern im arbeitsfähigen Alter sind heute arbeitslos. Weitere 22 Millionen kommen höchstens auf den Mindestlohn. Zum Unterhalt einer durchschnittlichen Familie braucht man aber das dreifache, und soviel verdienen nur noch 20% der Brasilianer.

Die Hälfte der 128 Millionen Brasilianer leben in extremer Armut. Die 17 häufigsten Krankheiten konnten früher kostenlos behandelt werden, 12 davon sind heute von der Liste gestrichen. Die Kindersterblichkeit liegt in manchen Gegenden über 200%. 15 Millionen Jugendliche liegen praktisch auf der Straße, ohne Schul- und Berufsausbildung. Das Alphabeteniveau steigt. Der Hunger treibt die Menschen zu Raubüberfällen. Es passiert nicht selten, daß tausende Hungerräuber in eine Stadt einfallen und alle Kauhäuser ausplündern. Die Zahl der bewaffneten Raubüberfälle und anderer krimineller Delikte ist rapide gestiegen. Brasilien heute ist die Hölle für Millionen von Menschen.

### Frische und starke Arbeiterklasse

Von 1945 bis 1980 gab es im Durchschnitt 7% Wachstum der Wirtschaft. Dies führte zu einer schnellen Industrialisierung und Verstärkung. Heute gibt es 13 Städte mit mehr als einer Million Einwohner. Allein in São Paulo und Rio de Janeiro leben mehr als 25 Millionen Menschen, 80% der Bevölkerung leben in Städten, die Zahl der Industriearbeiter (den Dienstleistungssektor nicht eingerechnet) stieg von 2,9 Millionen 1960 auf 10,9 Millionen 1980. Sie sind fast alle in den modernen Industriezentren im Süden Brasiliens konzentriert. Die meisten arbeiten in Betrieben mit mehr als 500 Beschäftigten. In São Paulo sind allein in

der mächtigen unabhängigen Metallergewerkschaft unter Führung des bekannten Lula de Silva. Diese unabhängige (auch „authentisch“ genannte) Gewerkschaftsbewegung wächst schnell. Bei der Gründung eines „Arbeiter-Kongresses“ kamen nicht nur die erhofften 3500, sondern 5000 Delegierte aus dem ganzen Land. Die von Lula gegründete Arbeiterpartei (PT) ist der Ausdruck einer weiteren Radikalisierung der Arbeiterklasse, die immer mehr von der syndikalistischen (d.h. rein gewerkschaftlichen) auf die politische Bühne tritt.

Eine große Mobilisierung der Bevölkerung brachte 1984 auch der Streik um die Direktwahl eines neuen Präsidenten. Das Militärregime wollte nur indirekte Wahlen zulassen, um die Macht gleichend an einen möglichen konservativen Politiker abzugeben.

Der neue Präsident Tancredino Neves, der Mitte März die Nachfolge Figueiredos antrat, wurde indirekt von einem mehrheitlich regimetreuen Wahlgremium bestimmt.

Die Auseinandersetzungen

Aber das Kabinett von Neves zeigt deutlich seinen Kurs. Selbst im Außenministerium sitzt ein Manager, der Unternehmer und Bankier O Setubal. Diese Regierungsmannschaft wird rigeros versuchen, die Bedingungen des IWF durchzusetzen. Die Probleme bleiben dieselben: 225% Inflation und ein enormer Zwang zum Exportieren, um die internationalen Schulden beglichen zu können. Wie in Bolivien und Argentinien wird es zu erbittertem Widerstand der Arbeiter, ja zum Generalstreik kommen! Dem Exportüberschuß von 6 Milliarden Dollar im letzten Jahr standen 10 Milliarden Dollar Verpflichtungen aus dem Schuldendienst gegenüber. In diesem Jahr wird ein Handelsüberschuß von 11 Milliarden Dollar erwartet. Die Verpflichtungen sind allerdings auf 13 Milliarden geklettert. Mehr als 60% der gesamten Exporterlöse verschlingt der Schuldendienst.

### Der kapitalistische Weg ist kein Ausweg

Die brasilianischen Arbeiter wissen, daß ihre Probleme nicht gelöst sind, wenn sie alle 5 Jahre zur Urne gehen. Trotzdem erscheint eine bürgerliche Demokratie nach einer zwanzigjährigen Militärdiktatur als ein Schritt nach vorne. Die Arbeiterklasse erkennt, daß eine demokratische Republik bessere Kampfbedingungen bietet.

Ein konservativer brasilianischer Politiker sagte: „In Brasilien gibt es nur zwei Klassen: Eine, die nicht schlafen kann, weil sie Hunger hat; die andere, die nicht schlafen kann, weil sie nicht weiß was die andere tut, wenn sie nicht schläft.“

In Brasilien wie auch in allen anderen Ländern der dritten Welt besteht allerdings keine wirtschaftliche Basis für ein stabiles bürgerliches Regime, das imstande wäre, gewerkschaftliche und politische Rechte zu gewährleisten und den Massen einen steigenden Lebensstandard zu garantieren.

Diese neue bürgerliche Regierung wird nur eine Episode auf dem Weg zur sozialistischen Revolution sein. Kapitalismus bedeutet für Millionen Brasilianer Elend und Hunger, weil eine kleine Schmarotzer-Clique riesige Anbauflächen und große Mengen an Rohstoffen brachliegen läßt. Nur ein sozialistisches Brasilien mit einer demokratischen Planwirtschaft kann die Ausnutzung der wirtschaftlichen Möglichkeiten zum Wohl aller garantieren und die Armut austrotten.

Gaelan Kaylata, Aachen Jungsozialist

### Solidarität siegt



Vasudeva Nanayakkara

Wieder einmal haben die massenhaften Proteste aus vielen Ländern dazu geführt, daß verhasste Sozialisten und Gewerkschafter freigelassen wurden. Der ceylonische Gewerkschaftsführer Vasudeva Nanayakkara, Präsident der United Federation of Labour und Vorsitzenden der N SSP (Neue Sozialistische Partei) wurde nach Hin- und Herlegen einer Kaution von umgerechnet 36.000 DM vorläufig aus der Haft entlassen. Sein „Vergehen“: Das Verteilen von Flugblättern.

In Simbabwe hatte Präsident Mugabe mindestens 14 Sozialistischen Gewerkschafter und Mitglieder seiner eigenen Partei, der ZANU, verhaftet, ohne Angabe von Gründen. Nach bisher unbekanntesten Berichten wurden inzwischen 13 wieder entlassen, zwei Mitglieder der britischen Labour Party, die mit einem Arbeiterbildungsprojekt beschäftigt waren, werden noch gefangen gehalten und sind von Abschlebung bedroht.

Deshalb: Laßt nicht nach mit euren Protesten an die Botschaft von Simbabwe Viktoria Str. 28 5300 Bonn 2 Tel. 0228/356071

### Streiks international

- 27.3.85 — 3000 Arbeiter (von 5300) haben Yarrow-Schriftswert in Westschottland besetzt
- 27.3.85 — 24-stündiger Generalstreik in Ecuador (für Anhebung der Mindestlöhne)
- 4.3.-27.3.85 — 400 000 Staatsangestellte und Arbeiter streiken in Peru für Einkommensverbesserungen
- Beendet am 25.3. — Generalstreik (einer aus einer seit ca. 50 Jahren andauernden Serie) in Bolivien
- 28.3.85 — Zweistündiger Generalstreik in Italien gegen Verwässerung der Gesetze zur automatischen Lohnanpassung
- Dänemark: Ca. 300.000 Streikende. Großdemonstration vor dem Parlament
- USA: Seit 1.10.84 (bis jetzt) streiken 2600 Bergarbeiter in West Virginia.

## SPD-Programmdiskussion

# Gegen Reformismus ohne Reformen

Die SPD ist auf der Suche nach einem neuen Programm. Das Godesberger Grundsatzprogramm, das 1959 unter dem Eindruck des Nachkriegsaufschwungs dem Marxismus abschwor, soll ersetzt werden. War das Godesberger Programm noch in den 70er Jahren eine „heilige Kuh“, bei der auch der geringste Zweifel zu Drohungen mit Parteiordnungsverfahren führte, so wird heute an der Basis bis hinauf in die Parteispitzen offen über seine Unzulänglichkeiten diskutiert.

Die Programmkommission beim Parteivorstand, die einen neuen Entwurf erarbeiten soll, hat der Basis einen Fragenkatalog zur Mitarbeit vorgelegt. Den Katalog könnte man zu folgender Hauptfrage zusammenfassen: „Wie können wir eine Reformpolitik anbieten und dabei doch im Rahmen des Kapitalismus bleiben?“

Viele schöne Formulierungen standen eigentlich auch bereits im Godesberger Programm. Zum Beispiel diese:

„Der demokratische Sozialismus erstrebt eine neue Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.“  
„Die Vorrechte der herrschenden Klassen zu beseitigen und allen Menschen Freiheit, Gerechtigkeit und Wohlstand zu bringen — das war und das ist der Sinn des Sozialismus.“

### Reformen

Doch die 13jährige Regierungspraxis sah dann ganz anders aus. Nach einer kurzen Re-

davon, daß die Kapitalisten nicht zusehen, wie sie Schritt für Schritt entmacht werden, ist in der kapitalistischen Krise auch keine wirtschaftliche und finanzielle Grundlage für dauerhafte Reformen vorhanden. Was nach großen Mühen und Kämpfen (siehe z.B. 38,5-Stundenwoche) mit der einen Hand zurückgeholt (z.B. durch Abwälzen auf die Preise, Entlassungen, intensive Ausbeutung).

Die vor uns liegende kapitalistische Epoche wird gekennzeichnet sein durch weitere weltweite Rezessionen, internationale Finanz- und Währungskrisen, Firmen- und Bankenzusammenbrüche, Massenarbeitslosigkeit, und Verarmung — auch in kapitalistischen Metropolen. Hier müssen grundlegende sozialistische Lösungen her.

Ein wichtiger Schwerpunkt der Programmdiskussion in der Partei sind die Probleme der Zukunft von Arbeit und Umwelt. Wahlkampf und Wahlsieg im Saarland haben gezeigt, daß diese The-

## Arbeit und Umwelt

men bei vielen Arbeitern und ihren Familien im Mittelpunkt stehen.

### Arbeit und Umwelt

Von verschiedenen Seiten wird immer wieder ein Gegensatz zwischen Arbeitsplätzen und Umweltschutz konstruiert. Die Unternehmer behaupten, Umweltschutzaufgaben würden Arbeitsplätze gefährden. Leider sagen auch viele Gewerkschafter und führende Sozialdemokraten:

„Im Zweifelsfalle für den Arbeitsschutzgruppen argumentieren oft anders herum: Umweltschutz geht vor Erhalt von Arbeitsplätzen“. So forderten die Grünen in Hamburg z.B. die Schließung der Norddeutschen Affinerie (mit tausenden Arbeitsplätzen), die für die Arsenverseuchung des Bodens im Hamburger Osten verantwortlich ist. Doch sind das wirklich die richtigen Alternativen? Kann man nicht vielmehr durch Umweltschutz auch Arbeitsplätze schaffen, wie es Oskar Lafontaine propagiert hat? Die bereits vorhandenen Schäden soweit wie möglich beheben, neue verhindern, Energieparmaßnahmen umsetzen, alternative Energieträger, alternative Produktionsmöglichkeiten erforschen und einführen — all das erfordert den Einsatz von Arbeit!

### Sozialistische Umwälzung

Deshalb müßten die Hauptfragen im Katalog der Programmkommission eigentlich lauten: „Wie können wir die Arbeitnehmer und ihre Familien am besten für eine sozialistische Umwälzung der Gesellschaft gewinnen und mobilisieren? Denn Schritt für Schritt, Reform für Reform zum Sozialismus kommen zu wollen, ist utopisch. Abgesehen

Auch in umweltbelastenden Betrieben darf kein Arbeitsplatz vernichtet werden. Entweder müssen Auflagen erfüllt (z.B. Filter eingesetzt) werden oder, wo

schäden interessiert. Allein kurzfristige Profite sind entscheidend.

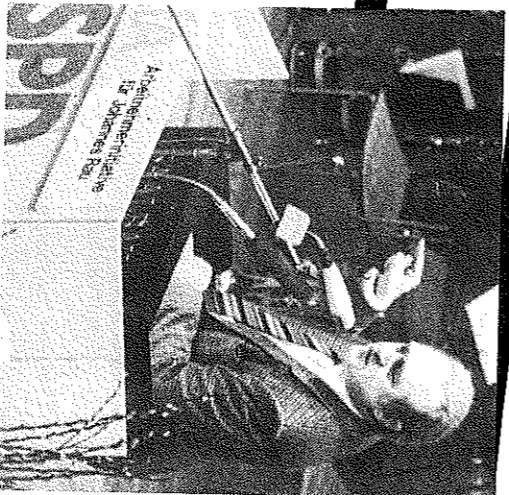
### Durchsetzbarkeit

Ein wirksamer Umweltschutz ist daher nur möglich, wenn die Schlüsselindustrien, Banken und Versicherungen enteignet und unter Kontrolle der Beschäftigten, ihrer gewerkschaftlichen Vertreter und des Staates gestellt werden. Erst dann kann eine langfristig angelegte, ökonomisch und ökologisch sinnvolle Wirtschaftsplanung im Interesse der Bevölkerungsmehrheit erfolgen. Aus dem Kapital von Banken, Versicherungen und Großkonzernen ließe sich mühelos ein massives Umwelt- und Beschäftigungsprogramm finanzieren.

Auch im Bereich Arbeit und Umwelt gilt also: Die Kontrolle über die Kommandostellen der Wirtschaft muß den Unternehmen entzogen werden. Die SPD muß hierzu ein konsequentes sozialistisches Programm erarbeiten. Doch kein Programm für die Schublade oder für Sonntagstreben! Wir müssen damit in den Wahlkampf ziehen, für soziale Forderungen werben, für ihre Durchsetzung mobilisieren. Nur so sind Mehrheiten für eine sozialistische Umgestaltung zu erreichen.

Angela Bankert, Remscheid  
Juso-Vorsitzende

# SPD



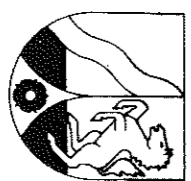
## Freibier statt Sozialismus

Daß die SPD etwas tun muß, um Mitglieder zu bekommen, ist allen Funktionären klar. Die nächste Wahl wird kommen. Und darüber, was getan werden muß, hat sich Günter Herterich (Vorstandsmitglied des Unterbezirks Köln) so seine Gedanken gemacht. Eine Kampagne wird gestartet. Im Sommer werden wir es angehen. Damit auch jeder Ortsverein es richtig macht, hat er ein reißiges Programm entworfen, das nun unter's Volk gebracht wird. Feste sollen gefeiert werden. Schreibergerantefeste, Ortsvereinfeste, Straßenfeste und so weiter. Es ist natürlich immer gut, Feste zu feiern und ich meine, die SPD hätte schon oft genug bewiesen, daß sie dies kann. Nur ob man dadurch Mitglieder findet, ist eine andere Sache.

Wähler vielleicht — aber Kampagnensessen? Denen muß man schon etwas mehr bieten. Durch Taten und ein sozialistisches Programm zeigen, daß es sich lohnt für die SPD einzustehen. Man muß Inhalte vermitteln und nicht nur Bier ausschütten. Oder meint Günter Herterich etwa, man könnte nur volltrunkene Leute vom Eintritt in die SPD überzeugen?

Dorothea Kirschaum, Köln

## Kämpferische Forderungen nötig



Die Wahlen im bevölkerungsreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen werden die wichtigste landespolitische Testwahl. Bleibt NRW sozialdemokratisch regiert, und wird Niedersachsen nächstes Jahr der CDU abgeblagt, so besteht eine gute Chance für eine SPD-Mehrheit bei der Bundestagswahl 1987.

VORAN ist seit 12 Jahren konsequent für eine SPD-Allianzregierung eingetreten — gegen das Schielen nach Koalitionen, schon gar nicht mit bürgerlichen Bremsparteien wie der FDP. Viele schimpfen uns „Utopisten“

### Kämpferische Politik auch in NRW

Auch in NRW müssen wir einen kämpferischen Wahlkampf um jede Stimme für die SPD führen.



Oskar Lafontaine

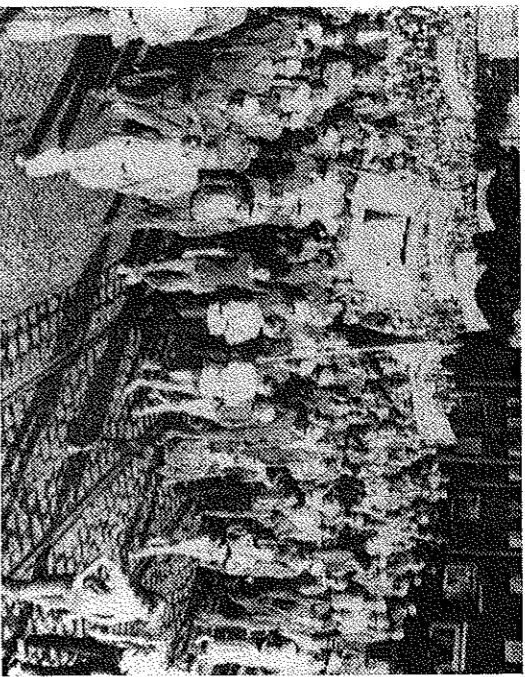
Lafontaine — neue Führung?

ren. Aber wählen und Wahlkampf betreiben allein genügt nicht. Die SPD hatte in NRW bereits 5 Jahre lang die absolute Mehrheit — doch auch ihre Politik war im Grunde nur kapitalistisches Krisenmanagement. Kohle- und Stahl-Krise, Massenarbeitslosigkeit im Ruhrgebiet — zu keinem Thema hatte die SPD eine überzeugende Alternative. Rau tritt z.B. nicht, wie Lafontaine an der Saar, für die Verstaatlichung der Stahlkonzerne ein. Doch welche Möglichkeiten gibt es sonst? Solange die Industrie in Privat Händen bleibt, wird weiterhin Arbeitsplatzabbau betrieben und das Ruhrgebiet eine Krisenzone bleiben — von Umweltperepung und Smog-Alarm ganz zu schweigen.

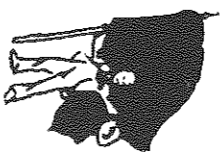
Wir müssen uns dafür einsetzen, daß die SPD für weitergehende, sozialistische Perspektiven mobilisiert. Ein SPD-Wahlsieg, und darauf aufbauend eine kämpferische sozialistische Politik in NRW wäre die Garantie für den Sturz der Kohlregierung.

Iris Cirkel-Kuhmann, Remscheid

# Stahlindustrie enteignern!



## Solidarität ist unsere Stärke!



— Das diesjährige Motto des ersten Mai. Welche Stärke hätte z.B. internationale Solidarität den britischen Bergarbeitern verliehen! Es bleibt zu hoffen, daß die DGB-Spitzenfunktionäre dieses Motto bei der nächsten Gelegenheit — national und international — auch wirklich beherzigen.

## Punktsieg für IGM

Schauen wir kurz zurück: Metall-Tarifrunde Frühjahr '84, Verhandlungen scheitern, IG Metall fordert 35-Stunden-Woche, „um Arbeitsplätze zu schaffen“. Nur Vorruhestand (bei 70% vom Lohn) schafft neue Jobs, kontem die Metall-Bosse... „Dumm und töricht“ fand auch Kanzler Kohl die IGM-Forderung.

Urabstimmung: 80,5% der Metalller für Streik. Am 14. Mai gehen los bei den Auto-Zulieferern; Minimax-Taktik der IGM. Bundesweite „kalte Aussperrung“ folgt auf dem Fuße. Arbeitsamt zahlt nicht. Die Streikfront stockt, die IGM weitet den Streik nicht aus. Die Läger der Händler leeren sich... und dann der Abschluß: Die Tarifrunde wird „vertagt“ in die Betriebe. Bis 1.4. soll in Betriebsvereinbarungen die durchschnittliche Arbeitszeit auf 38,5 Stunden in der Woche geregelt werden, plus Vorruhestand mit 5,8 bei 70% vom Lohn. Die Kritiker: Kein Reallohnausgleich, keine 35-Stunden-Woche, keine neuen Arbeitsplätze. Und dafür 7 Wochen gestreikt!

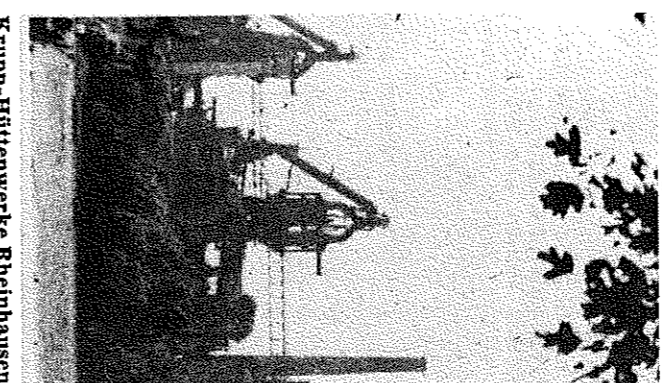
Ziel der Arbeitgeber war natürlich Flexibilisierung. Die IGM empfahl ihren Betriebsräten: 38,5 für alle. Tatsächlich arbeiten die meisten Metalller ab dem 1. April „nur“ noch 38,5 Stunden in der Woche. Mal gehen sie Donnerstags bzw. Freitags früher nach Hause, mal werden Freischichten eingelegt. In manchen Betrieben mit kämpferischer Belegschaft und entsprechendem Betriebsrat wurden sogar 38,5-Regelungen für Azubis erreicht.

Bedenkt man, daß es eigentlich ein Spiel mit dem Feuer war, statt durch einen überbetrieblichen Streik die Arbeitszeit auf Betriebsebene zu regeln, ist dieses Ergebnis ein klarer Erfolg.

Der diesjährige 1. Mai steht im Zeichen der höchsten Arbeitslosenzahlen seit Bestehen der BRD. Kampf um Arbeitszeitverkürzung, Besetzung von durch Schließung bedrohter Betriebe, Forderungen nach Enteignung, waren die Antworten, die viele Kollegen darauf gegeben haben. Doch fanden sie in der Vergangenheit nicht in ausreichendem Maße die Unterstützung durch die Gewerkschaftsführungen. Kürzlich wandte sich der IG Metall-Bericht wieder aus formaljuristischen Gründen gegen Betriebsbesetzungen. Wegen vieler Proteste von der Basis be-eilte sich Franz Steinkühler zwar, sein Verständnis für solche Aktionen zu bekunden, doch änderte dies nichts an deren Illegalität.

Die IG Metall fordert jetzt zwar die Enteignung der Stahlindustrie und ihre Zusammenfassung in eine nationale Holding im öffentlichen Eigentum. Dies ist auf einer Stahlkonferenz in Mülheim a.d. Ruhr Mitte März einmütig vom Vorstand der Gewerkschaft und den anwesenden Betriebsräten und Vertrauensleuten aller bundesdeutschen Stahlkonzerne unterstrichen worden.

1984 haben trotz leichten Produktionszuwachses und Arbeitszeitverkürzung bundesweit 11 849 Stahlarbeiter ihren Arbeitsplatz verloren. Seit 1979 ist die Zahl der Beschäftigten in der Stahlindustrie um 70 000 zurückgegangen. Wenn die bisherige kapitalistische Kahlschlagpolitik weiter geht, dann werden demnächst ganze Stahlstädte (Dortmund, Duisburg, Georgsmarienhütte) und Regionen (Saarland) zu Geisterstädten und Armen-



Krupp-Hüttenwerke Rheinhausen.

## Für Arbeiterkontrolle im Betrieb Neue Technologie im Arbeiterinteresse?

Es ist allein und nur die unendbare produktive und schöpferische Fähigkeit des Menschen, die die Entwicklung der modernen Technologie ermöglichte und uns die Tür zum materiellen und geistigen Reichtum öffnete. Aber die Kapitalisten, die eine verschwindende Minderheit innerhalb der Bevölkerung darstellen, verfügen über die Produktionsmittel und sind nur darauf bedacht, unter allen Umständen Profit zu machen. Deshalb werden die „Neuen Technologien“ angesichts der Krise im Produktionsbereich nur so eingesetzt, daß daraus katastrophale Auswirkungen folgen.

### Reichtum für alle

Dabei könnte es unter einer demokratischen Planwirtschaft ganz anders aussehen. Die Pro-

häuser. Jetzt hat der IG Metall-Vorsitzende Mayr in Mülheim darauf hingewiesen, daß das Privatkapital nicht bereit ist, sich sozialen Pflichten zu unterwerfen. Die nationale Stahl-Holding soll nicht nur die Stahlproduktion, sondern auch die Weiterverarbeitung einschließen. Kollege Mayr hat auch zurecht darauf hingewiesen, daß eine reine Verstaatlichung nicht ausreicht. (VORAN hat die Forderung nach Verstaatlichung der Großkonzerne immer direkt mit der Forderung nach Arbeiterkontrolle und Verwaltung der Staatsbetriebe durch Vertreter von Belegschaften, Gewerkschaften und Staat verbunden.)

Aktive Gewerkschafter und Sozialisten werden den klaren Beschluß der IG Metall begrüßen. Der Vorstand muß jetzt in einer offensiven Kampagne die breite Unterstützung für diese Forderung sichern und die Notwendigkeit des Gemeineigentums auch im Automobil- und Maschinenbau herausstellen — noch bevor es dort zu einem ähnlichen Kahlschlag kommen wird, wie im Stahl- und Wertberereich. Die SPD muß die Forderung der IG Metall aufgreifen. Es muß ein zentraler Bestandteil des Wahlprogramms der Partei für die nächste Bundestagswahl werden, was die AfA (Arbeitnehmer in der SPD) bereits auf ihrem Karlsruher Bundeskongreß Anfang '84 gefordert hat: Die Überführung der Stahlindustrie und aller Schlüsselindustrien in Gemeineigentum.

Hans Gerd Öfninger  
Jungsozialist

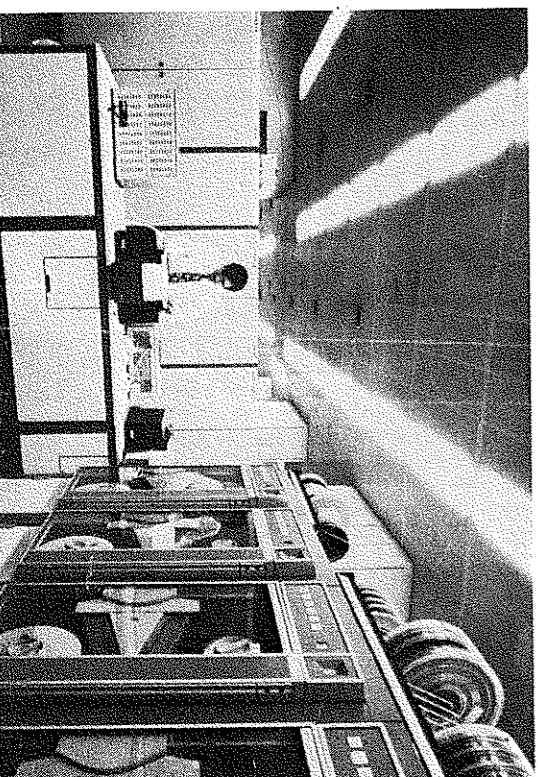
duktionskosten würden gegenüber ihrer jetzigen Höhe fallen. Das wiederum würde die Kaufkraft stärken. Produkte würden haltbarer hergestellt, Rohstoffe und Energie gespart, neue umweltfreundliche und humane Technologien könnten entwickelt werden. Auch Einkäufe, Bestellungen, Abruf von Informationen — vieles könnte von zu Hause aus erledigt und so Zeit gespart werden. In der gewonnenen Zeit könnte man ohne Hektik (im Supermarkt) in der Schlangenan Bank(schalter) miteinander reden. Doch diese positiven Möglichkeiten sind nur gegeben, wenn Technologie und Verfügungsgewalt über die Wirtschaft in den Händen der arbeitenden Bevölkerung liegen.

Die Forderung der SPD nach Abführung einer Maschinensteuer durch die Unternehmer, die „Neue Technologien“ einführen wollen, ist daher nicht sinnvoll. Sie hätte als Folge erstens die technische Entwicklung zu

bremsen, zweitens nur Verwirrung zu stiften, da dabei der Eindruck entstünde, die „Neue Technik“ an sich würde dem Arbeiter schaden. Deshalb fordern wir:

- Klaren Bruch mit der prokapitalistischen Politik!
- Allgemeine Einföhrung der 35-Stunden-Woche durch gleichmäßige Aufteilung der vorhandenen Arbeit auf alle Arbeitskräfte!
- Keine Entlassungen durch die neue Technik, sondern Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich für alle!
- Die Einföhrung neuer Technologien in der Produktion muß der Kontrolle von Belegschaft und Gewerkschaft unterstellt werden!
- Für einen systematischen Einsatz der neuen Technik für die Ziele: Senkung der Arbeitszeit auf ein Minimum und Abschaffung aller gesundheitsschädlichen Arbeiten!

Stavros Pertetsoglou, Aachen  
Jungsozialist



## ABONNIERT VORAN

Ich möchte VORAN abonnieren... und habe 9,60 DM auf das Postcheckkonto VORAN zur sozialen Demokratischen Partei, Nr. 2500 59-430, Pochta Essen überwiesen (Abopreis für sechs Ausgaben), Lieferung erfolgt ab Nr. 76 nach Zahlungseingang.

Einsenden an: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1

Name: \_\_\_\_\_

Anschrift: \_\_\_\_\_